



VERFASSUNGSGEMÄSS GESTALTETE ALIMENTATION

# Ein tauglicher Versuch?

Seit Jahren gibt es Bedenken, ob die Alimentation auch in Niedersachsen verfassungswidrig ist. Gespräche dazu wurden seitens der Politik immer abgewehrt. Im letzten Plenum vor den Landtagswahlen im September soll nun ein Gesetzentwurf verabschiedet werden. Ist dieser aber auch geeignet, die Alimentation der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten auf rechtssichere Beine zu stellen?

**Andrea Timmermann**



Gegenstand des Gesetzesentwurfs ist nach dessen Begründung die Umsetzung der sich aus den „jüngsten Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts ergebenden Anforderungen“. Denn in der Vergangenheit hat sich das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wiederholt mit der Prüfung der Amtsangemessenheit der Alimentation von Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfänger/-innen auseinandergesetzt.

Der Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes zur amtsangemessenen Alimentation sieht folgende Änderungen vor:

1. Einführung eines Familienergänzungszuschlags
2. Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung (bis A8 auf 1.200 EUR ab A9 auf 500 EUR, während Anwartschaft 250 EUR)
3. Streichung der ersten Erfahrungsstufe der Besoldungsgruppen A 5, A 6 und A 7 zum 1. Januar 2023
4. Erhöhung der Grundbesoldung der Besoldungsordnung A mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2023 (durch Anpassung um 2,8%)
5. Erhöhung der Familienzuschläge mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2023

6. Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung für Versorgungsempfänger/-innen mit Kindern und Erhöhung der Höchstgrenzen beim Zusammentreffen von Erwerbs- und Erwerbsersatz Einkommen

Sollte der Familienergänzungszuschlag wie beabsichtigt in Kraft treten, ist davon auszugehen, dass dieses Gesetz einer höchstrichterlichen Überprüfung nicht standhalten wird. Denn nach den Entscheidungen des BVerfG aus 2020 ist ein Familienergänzungszuschlag, dessen Gewährung vom Familieneinkommen bzw. Einkommen des Ehegatten, Lebenspartners oder Unterhaltspflichtigen abhängt, grundsätzlich nicht mit der bisherigen Rechtsprechung des BVerfG vereinbar. Die angemessene Nettoalimentation muss durch das Beamtengehalt selbst gewahrt werden.

Hinzu kommt, dass dem Familienergänzungszuschlag im Hinblick auf das aus Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz folgende Mindestabstandsgebot sowie das allgemeine Abstandsgebot erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen. Beim Mindestabstandsgebot handelt es sich – wie beim Abstandsgebot – um einen eigenständigen, aus dem Alimentationsprinzip

abgeleiteten Grundsatz. Es besagt, dass bei der Bemessung der Besoldung der qualitative Unterschied zwischen der Grundversicherung, die als staatliche Sozialleistung den Lebensunterhalt von Arbeitsuchenden und ihren Familien sicherstellt, und dem Unterhalt, der erwerbstätigen Beamtinnen und Beamten geschuldet ist, hinreichend deutlich werden muss. Dieser Mindestabstand wird unterschritten, wenn die Alimentation (netto) unter Berücksichtigung der familienbezogenen Bezügebestandteile und des Kindergelds nicht mindestens 15 % über dem Arbeitslosengeld II bzw. der Grundsicherung liegt.

Zugleich geht mit der geplanten Regelung eine indirekte, verfassungswidrige Diskriminierung von Ehe- und Lebenspartnern/-innen, die selbst keine Beamtinnen oder Beamten sind, einher. Sie erhalten den Familienergänzungszuschlag nur, wenn sie Arbeitsentgelt erzielen, das unter dem Arbeitsentgelt einer geringfügigen Beschäftigung („Mini-Job“) bleibt.

Bei den übrigen Regelungen des Gesetzesentwurfs, die die Höhen der Bezüge und der Bezügebestandteile sowie die Streichung der Erfahrungsstufe in A5, A6 und A7 regeln, fehlen jeweils die konkreten Begründungen, welche Faktoren der Ermittlung der Beträge zugrunde liegen und eine Erläuterung einer vorzunehmenden Abwägung. Die Festlegung aller konkreten Besoldungshöhen des Gesetzesentwurfs stellen deshalb zufällige Ergebnisse dar, die mit der genannten Rechtsprechung nicht vereinbar sind.

## Fazit

Es spricht nichts gegen schnelle Entscheidungen. Die Übernahme des Modells Schleswig-Holstein, das dort auch schon der gerichtlichen Überprüfung zugeführt wurde, erscheint jedoch überstürzt. An dieser Stelle wären mehr Kreativität und ein Austausch mit den Gewerkschaften wünschenswert gewesen. ■



## BUNDESKONGRESS

# Nach dem Landesdelegiertentag ist vor dem Bundeskongress

Der Landesdelegiertentag der GdP Niedersachsen im Mai ist noch in guter Erinnerung, doch mit dem GdP-Bundeskongress vom 12. bis 14. September 2022 steht die zweite „gewerkschaftliche Großveranstaltung“ in diesem Jahr bereits vor der Tür.

beitsreiche Tage bevor. Über die Ergebnisse von Wahlen, Antragsberatung etc. werdet ihr – wie üblich – hier in der DP sowie auf der Homepage und den anderen Kanälen informiert. Und auch „eure“ örtlichen Delegierten werden sicherlich einiges zu berichten haben. ■

## Philipp Mantke

Wie bereits auf dem GdP-Bundeskongress im Jahr 2018 wird Sebastian Timke aus dem Geschäftsführenden Vorstand als Delegationsleiter fungieren. In dieser Rolle ist er für die Meldung der ordentlichen Delegierten zuständig, sorgt dafür, dass alle Stimmberechtigten bei den Wahlen und der Antragsberatung vor Ort sind und benennt gegebenenfalls Nachrücker/-innen. Darüber hinaus versorgt er die niedersächsische Delegation mit allen wichtigen Informationen und hält die Stimmung hoch.

Apropos niedersächsische Delegation: Diese wird in diesem Jahr aus insgesamt 55 Teilnehmenden bestehen, 20 von ihnen sind bei den Wahlen und Anträgen stimmberechtigt.

Mit 19 Teilnehmerinnen, zehn Tarifbeschäftigten und drei Verwaltungsbeamten/-innen soll die Delegation die Diversität unserer Mitglieder abbilden.

Sebastian Timke

tretender Landesvorsitzender Sascha Göritz. Aufgabe der Kommission ist, die Anträge im Vorfeld des Delegiertentags entsprechenden Themengebieten zuzuordnen und Empfehlungen zum Beispiel über eine Annahme, Ablehnung oder Nichtbehandlung auszusprechen.

Insgesamt hatten die Kolleginnen und Kollegen über 308 Anträge zu beraten, 13 davon wurden aus Niedersachsen eingereicht. „Diese hatten ihre Grundlage in den

Sascha Göritz

Beschlüssen unseres letzten Landesdelegiertentages. Unter anderem geht es dabei um die Dynamisierung der Sterbegeldbeihilfe, die Einrichtung neuer Gremienstrukturen für den Verfassungsschutz und den wichtigen Bereich IT/Technik, die Beteiligung der Polizei bei Gewinn- und Vermögensabschöpfung sowie die Schaffung einer Wahlmöglichkeit bei Tarifverhandlungen“, erklärt Sascha Göritz.

## Arbeitsintensive Tage

Den Teilnehmenden des 27. Ordentlichen Bundeskongresses der GdP stehen also ar-

## Der Bundeskongress in Zahlen

251	Ordentliche Delegierte
55	Teilnehmende aus Niedersachsen
308	Anträge
13	davon aus Niedersachsen



Anzeige



## Aral Tankstelle Anja Selhorst

1. Tankstelle:  
Lange Straße 39  
38300 Wolfenbüttel  
Telefon (05331) 1235  
Fax (05331) 929548

2. Tankstelle  
Adersheimer Straße 25  
38304 Wolfenbüttel

## Über 300 Anträge

Die Antragsberatung zum Bundeskongress hat vom 23. bis 25. Mai stattgefunden. Teilnehmer für Niedersachsen war unser stellver-



## Aktuelle Sitzverteilung im Niedersächsischen Landtag

SPD 55 Grüne 12 AfD 9  
CDU 50 FDP 11

insgesamt 137 Sitze

### DIE WAHLPROGRAMME ZUR LANDTAGSWAHL 2022

# Parteien auf dem Prüfstand

Bereits seit Monaten wird um die Gunst der Wählerinnen und Wähler für die anstehende Landtagswahl am 9. Oktober 2022 gebuhlt. Mindestens 135 Abgeordnete werden dann über die Wahlkreise und die Landeslisten der Parteien in den neuen Landtag einziehen.

### Werner Steuer & Philipp Mantke

Die Zusammenstellung bestimmen die sechs Millionen Wahlberechtigten mit ihren Stimmen. Allein in der niedersächsischen Polizei dürfte es über 24.000 Wahlberechtigte geben. Damit stellt sich für uns als Gewerkschaft die Frage: Was tut die Politik für uns und warum sollte ich eigentlich wen wählen?

### Unsere Methodik

Auf den kommenden Seiten haben wir daher die Standpunkte der Parteien SPD, CDU, Grüne und FDP unter die Lupe genommen. Auf der Doppelseite 4/5 findet ihr unsere „Wahlprüfsteine“. Im Gegensatz zu den Vorjahren haben wir dieses Jahr jedoch darauf verzichtet, den Parteien Fragen zuzusenden, und uns stattdessen die Wahlprogramme angeschaut\*. So könnt ihr nicht nur erkennen, welche Standpunkte die Parteien vertreten, sondern auch, welche sie eben nicht in ihren Programmen aufgeführt haben.

Auf Seite 6 haben wir den Parteien zudem die Möglichkeit für eine Kurzvorstellung gegeben und ihnen bei der Formulierung freie Hand gelassen.

### Forderungen der GdP Niedersachsen

Unsere Forderungen haben wir bereits in der DP NI 03/22 vorgestellt. Ein Auszug:

#### Erhöhung der Polizeizulage und Einführung von Sonderzahlungen

Gerade einmal 127 Euro (brutto) bekommen Polizeibeamtinnen und -beamte in Niedersachsen als spezielle berufsbedingte Zulage. Diese Zulage ist zudem nicht ruhegehaltsfähig. Die Alimentation für Beamte/-innen muss ganzheitlich verbessert werden. Niedersachsen steht in vielen Bereichen auf den hinteren Plätzen. Die jährliche Sonderzahlung muss mindestens auf das Niveau der anderen Länder angehoben werden und auch den Pensionärinnen und Pensionären zugutekommen.

#### Personalstärke ausbauen

Unsere Personalstärke muss weiter ausgebaut werden. Hier zählen nicht nur reine „Köpfe“, sondern starke Vollzeiteinheiten. In allen Bereichen nehmen Aufgaben zu. Ermittlungen werden immer komplexer und Einsatzlagen größer. Hier brauchen wir eine Stärkung des Personals in den Bereichen Verwaltung, Tarif und Vollzug. Die bisherigen Neueinstellungen „über den Durst“ waren notwendig und gut. Deren Wirkung ist aber bereits verpufft und die Einstellungszahlen sinken wieder. Wir brauchen konstant hohe Neueinstellungen.

#### Freisetzungsprogramm weiterführen und Perspektiven für Verwaltung und Tarif verbessern

Landesweit könnten mindestens 650 Stellen im Bereich E 9a bis E 13 und/oder A 9 bis A 13 mit Tarif- bzw. Verwaltungsbeschäftigten

anstatt mit Beamten/-innen besetzt werden. Die Vollzugskräfte könnten dann Tätigkeiten in der Einsatz- und Ermittlungsarbeit übernehmen. Um die Abwanderung unter anderem zu anderen Behörden zu verhindern, müssen die Perspektiven in Verwaltung und Tarif nachhaltig verbessert werden.

#### Moderne IT, Ausstattung und Ausrüstung

Sätze, die sicherlich schon in vielen Teeküchen gefallen sind: „Wie kann es sein, dass meine taktische Hülle der Überziehschutzweste über ein halbes Jahr an Lieferzeit hatte?“ „Warum sind die neu beschafften dienstlichen Smartphones auf einem Stand von vor drei Jahren?“ „Wieso reicht das Budget der Dienststellen nicht, um in den Kofferräumen der Funkwagen vernünftige Ablagesysteme zu installieren?“ Mängel bei IT und Ausrüstung sind für unsere Kolleginnen und Kollegen ständig sichtbare und deswegen drängende Probleme!

#### Nachhaltiges Investitionsprogramm in polizeiliche Liegenschaften

Von 2019 auf 2021 hat sich der Sanierungstau in den polizeilichen Liegenschaften von 127 auf 225 Millionen Euro fast verdoppelt. Seit Jahren schafft es die Landespolitik nicht, hier Abhilfe zu schaffen. Das staatliche Baumanagement sei stark ausgelastet, Handwerker/-innen nicht zu bekommen, Baumaterialien teuer und Ausschreibungsverfahren langwierig. Dies alles ist nachvollziehbar, kann aber keinesfalls ein Grund dafür sein, die Dinge weiter schleifen zu lassen. Vernünftige Aufenthalts- und Büroräume sind auch ein Zeichen von Respekt gegenüber den Angestellten. ■

\*Anmerkung: Die Grünen hatten bis Redaktionsschluss 26. Juli 2022 lediglich einen Programmentwurf auf ihrer Homepage veröffentlicht, daher basieren die auf den Folgeseiten dargestellten Standpunkte auf Grundlage dieses Entwurfs.



## WAHLPRÜFSTEINE

# Blick in die Parteiprogramme

Jetzt wird es konkret: Wir haben die Wahlprogramme/-entwürfe von **SPD**, **CDU**, **Grünen** und **FDP** nebeneinandergelegt und präsentieren euch hier die Standpunkte zu einzelnen Themen.

## Besoldung, Zulagen, Beförderungen etc.

Die **SPD** schreibt, man müsse „den Anschluss bei Besoldung, Personalentwicklung und Polizeizulagen im Wettbewerb um die besten Köpfe zu unseren Nachbarländern halten“. Mit einem neuen Stellenhebungsprogramm soll die Dauer bis zur ersten Beförderung weiter gesenkt werden, das Zulagensystem soll, orientiert am Bund, angepasst werden. Die **SPD** möchte zudem die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einführen und den Ermittlern/-innen im Bereich der Bekämpfung sogenannter „Kinderpornografie“ „eine Erschwerniszulage von bis zu 300 Euro monatlich“ zahlen.

Die **CDU** möchte „die Beamtinnen und Beamten angemessen besolden“. Sie weist darauf hin, dass erforderliche Anpassungen von Besoldung und Versorgung „im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung stehen“ müssen. Mit einem Stellenhebungsprogramm möchte die **CDU** „die Wartezeit für das erste Beförderungsamts grundsätzlich auf acht Jahre [...] verkürzen“. Zudem sollen die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten und die Polizeizulage erhöht sowie deren Ruhegehaltsfähigkeit wieder eingeführt werden. Darüber hinaus kündigt sie „Erschwerniszulagen für besonders belastende Arbeitsbereiche“ an.

Die **Grünen** wollen „die Besoldungsstrukturen überprüfen und streben an, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern den Beamt\*innen und Tarifbeschäftigten eine attraktive und angemessene Vergütung zu bieten“.

Bei der **FDP** finden sich zu den Themen Besoldung, Zulage, Wartezeit oder Ruhegehaltsfähigkeit keine Inhalte im Wahlprogramm.

## Monatliche Polizeizulage in Euro

228,00	Bund
161,69	BY
150,00	SN, SH
145,00	TH
139,50	BE
136,45	MV
135,46	SL
132,69	BW, RP
131,20	HE
130,56	NW
127,38	BB, HB, HH, NI, ST

## Personal

Die **SPD** schreibt: „Den Weg der Stärkung der öffentlichen Sicherheit werden wir mit zusätzlichen Stellen in Vollzug, Verwaltung und Tarif in den kommenden Jahren weitergehen. Durch ein neues Freisetzungsprogramm – verbunden mit besseren Rahmen- und Perspektivmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte – werden wir den Vollzugsbereich effektiv entlasten.“ Die **CDU** fordert, dass „insbesondere die Polizeipräsenz in der Fläche verbessert werden“ müsse. Sie will „die zahlreichen Arbeitskreise auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und die Stäbe verschlanken. Polizistinnen und Polizisten sollen wieder ihren originären Aufgaben – der Kriminalitätsbekämpfung und Einsatzbewältigung – nachgehen.“ Darüber hinaus

spricht die **CDU** von einer notwendigen personellen Verstärkung.

Die **Grünen** „wollen, dass die Personalausstattung [...] unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entspricht“. Darüber hinaus stellen sie fest: „Da die niedersächsische Polizei personell nicht ausreichend ausgestattet ist, schieben die Beamt\*innen einen Überstundenberg von rund 1,5 Millionen Arbeitsstunden vor sich her.“

Die **FDP** konstatiert in ihrem Wahlprogramm eine gestiegene Aufgabenmenge für die Polizei und kündigt an: „Angesichts neuer Aufgaben für die Polizei wollen wir die Personalausstattung verbessern.“

## FEM & IT

Die **SPD** will die Polizei „weiter modernisieren und eine Digitalisierungsoffensive starten: Neben modernster Analyse- und Auswertesoftware werden wir alle Arbeitsplätze mit mobilen Endgeräten ausstatten und ortsunabhängiges Arbeiten, auch als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ermöglichen. Diensthandys werden flächendeckend angeschafft und für eine moderne Kommunikation zur Verfügung gestellt werden.“ Die Einsatzfähigkeit „verbessern wir durch neue Hubschrauber, die Beschaffung eines modernen Küstenbootes und durch neue Funkstreifenwagen“. Die **SPD** will „die Hardware für eine digitale Asservatenkammer beschaffen, die Möglichkeiten der Anwendung von künstlicher Intelligenz nutzen und effizientere Analysetools für digitale Spuren ermöglichen“.

Für die **CDU** ist „eine angemessene Ausstattung [...] unabdingbar“. Sie beschreibt





im Abschnitt zur Inneren Sicherheit viele konkrete Punkte, die sie umsetzen will. So will sie unter anderem den Einsatz von Tablets in der Einsatzbegleitung vorantreiben, den Einsatz von Bodycams ausweiten, Dashcams in allen Fahrzeugen des ESD installieren und eine alternative Trageweise der Dienstwaffe einführen. Die Lieferzeiten der Dienstwaffe einführen. Die Lieferzeiten des LZN möchte die **CDU** deutlich reduzieren und unter anderem das Bekleidungsbudget erhöhen. Zudem sollen neue sondergeschützte Fahrzeuge beschafft werden. In die IT-Infrastruktur der Polizei soll investiert



werden und „die Datenverarbeitung mittelfristig in Form einer Cloudlösung durch einen IT-Dienstleister“ ausgeführt werden. „Software, die nützliche Anwendungen für die Polizeiarbeit bietet“ soll „stärker von zertifizierten Unternehmen“ eingekauft und weniger selbst programmiert werden.

Die **Grünen** wollen, dass „die Ausstattung mit Einsatzmitteln und (digitaler) Infrastruktur unserer Polizei den aktuellen Anforderungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit entspricht“. Sie will eine Strukturkommission „Moderne Polizeiarbeit“ ins Leben rufen, die konkrete Empfehlungen erarbeitet. Die **Grünen** sehen „die Ausweitung des Einsatzes von Tasern und den Einsatz von Bodycams“ kritisch. Allgemein sehen sie die „Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung [als] eine der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren“ an.

Die **FDP** betont in ihrem Abschnitt zur Inneren Sicherheit, dass sie „für eine gut [...] ausgestattete Polizei“ steht. Sie will „deutlich in die [...] technische Ausstattung der Polizei investieren“. Allgemein ist insbesondere die Digitalisierung der Verwaltung Schwerpunkt des **FDP**-Wahlprogramms. So will sie „die vollständig digitale Landesverwaltung innerhalb der kommenden fünf Jahre erreichen“. Sie kündigt an: „Die Landesbehörden müssen so ausgestattet werden, dass Homeoffice und mobiles Arbeiten für die Beschäftigten problemlos und sicher möglich sind.“

## Perspektiven für Tarif & Verwaltung

Die **SPD** will in den kommenden Jahren zusätzliche Stellen in Verwaltung und Tarif der Polizei schaffen. „Durch ein neues Freisetzungsprogramm – verbunden mit besseren Rahmen- und Perspektivmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte – werden wir den Vollzugsbereich effektiv entlasten.“ Allgemein möchte die **SPD** insbesondere die eigene Fachkräfteausbildung weiter stärken, insbesondere im Bereich IT. Weiter schreibt sie: „Wir stehen auch in der nächsten Legislaturperiode für eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst und werden dessen Attraktivität weiter hervorheben und steigern. Dabei ist uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen des Landes und den Gewerkschaften wichtig.“

Die **CDU** plant für die Innere Sicherheit „eine Laufbahn für spezialisierte Kräfte, insbesondere IT-Kräfte“ und „den Tarifbeschäftigtenbereich [zu] stärken, um Vollzugsbeamtinnen und -beamte zu entlasten.“ Sie möchte darüber hinaus „das Angebot von Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ausbauen“.

Die **Grünen** „streben an, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern den [...] Tarifbeschäftigten eine attraktive und angemessene Vergütung zu bieten“. Sie kündigen an, „im Dialog mit den Gewerkschaften nach Lösungen für die konkurrenzfähige Vergütung insbesondere technischer Berufe [zu suchen] und prüfen Möglichkeiten für die Schaffung besserer Aufstiegsmöglichkeiten.“

Allgemein spricht die **FDP** von einer aufstiegsfreundlichen Verwaltung. „Die Bedeutung der Anzahl der Dienstjahre für die Bezahlung von Beschäftigten der Verwaltung ist zugunsten leistungsbezogener Elemente abzusenken. Durch eine ausdifferenzierte Vergütungsstruktur sind mehr Aufstiegschancen zu schaffen. Auch projektbezogene Mehr- und Sonderarbeit und Zuschläge für besondere Aufgaben sind verstärkt zu nutzen. Personen mit besonderer Expertise, zum Beispiel in der IT, sollen durch eine flexiblere Vergütung und

attraktive, spezialisierte Laufbahnen verstärkt für den öffentlichen Dienst gewonnen werden.“

## Liegenschaften

127

Millionen Euro Investitionsstau in 2019



225

Millionen Euro Investitionsstau in 2021



Die **SPD** will den Investitionsstau bei der Sanierung von Polizeiliegenschaften „durch eine zeitgemäße Investitionspolitik mit einem eigenen Programm in Höhe von 300 Millionen Euro beseitigen“.

Auch die **CDU** plant „eine Investitions-offensive für die bauliche und infrastrukturelle Ertüchtigung der Liegenschaften des Landes [...], um den vorhandenen Sanierungsstau aufzulösen“. Darüber hinaus plant die **CDU**, Standarddienststellen in Modulbauweise zu entwerfen. Die **CDU** möchte zudem „Polizeistationen und Kommissariate in der Fläche erhalten“.



Die **Grünen** haben zum konkreten Thema Polizeiliegenschaften keine Inhalte in ihrem Wahlprogramm entworfen. Allgemein planen die **Grünen** die energetische Sanierung landeseigener Gebäude.

Für die **FDP** ist der „Sanierungsstau bei den Gebäuden [...] nicht hinnehmbar. Diese fehlende Wertschätzung wollen wir beenden und deutlich in die Liegenschaften sowie die technische Ausstattung der Polizei investieren.“ Allgemein plant die **FDP**, ein Sondervermögen mit dem Zweck der Modernisierung der Landesliegenschaften mit jährlich 100 Millionen Euro auszustatten. ■



## WAHLPRÜFSTEINE

# Kurzvorstellungen der Parteien

Im Vorfeld der Landtagswahl haben wir SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die Aufgabe gegeben, sich euch in maximal 900 Zeichen langen Texten vorzustellen. Die Kurzvorstellungen der Parteien findet ihr hier.

### SPD

Für die nächsten Jahre haben wir uns viel vorgenommen. Und mit unserem Wahlprogramm geben wir die richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit: Internationale Konflikte, Klimawandel, Digitalisierung und deren Effekte fordern uns heraus. Unter dem Titel „**Fortschritt, der alle mitnimmt**“ haben wir uns deshalb vier **Schwerpunkte** gesetzt.

**WIRTSCHAFT, DIE ALLEN NUTZT:** Die nachhaltige Transformation Niedersachsens gehen wir mit dem massiven Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zur Verkehrswende von morgen an.

**BILDUNG, DIE ALLEN CHANCEN BRINGT:** d. h. Chancengleichheit von Beginn an. Eines unserer Ziele: kostenlose Tablets ab der 1. Klasse!

**EIN STAAT, DER ZUKUNFT FÜR ALLE SCHAFFT:** Wir investieren aktiv in unser Land, indem wir u. a. den Bau von Wohnungen und bezahlbare Mieten fördern!

**SICHERHEIT, DIE ALLE STÄRKT:** Mit einer modernen gesundheitlichen Versorgung bis hin zur Stärkung der Polizei vor Ort schaffen wir Sicherheit für alle in Niedersachsen.

### CDU

Wir haben die CDU Niedersachsen am 6. Juli angeschrieben und um Zulieferung bis zum Redaktionsschluss am 26. Juli gebeten. Wir haben keine Rückmeldung erhalten.

### Grüne

Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen wollen einen demokratischen Rechtsstaat mit einer motivierten Polizei. Zweifelsfrei gehört dazu eine hervorragende Ausbildung und die Ausstattung mit guten Einsatzmitteln und eine effiziente digitale Infrastruktur. Wir wollen die Stelle eines unabhängigen parlamentarisch bestimmten Polizeibeauftragten schaffen, der die Belange der Polizeibeamt\*innen vertritt und im Konfliktfall auch Ansprechpartner\*in für Bürger\*innen sein kann.

Wir halten es für sinnvoll, im Zuge der Modernisierung auch die rechtlichen Grundlagen der Polizeiarbeit zu verbessern. So halten wir den Unterbindungsgewahrsam von bis zu 35 Tagen für zu lang. Wir möchten uns,

neben einer modernen Fehlerkultur innerhalb der Polizei, auch für Unterstützungsangebote wie regelmäßige Supervisionen und Schulungen sowie eine Anerkennung bei besonders belastenden Tätigkeiten einsetzen.

### FDP

Niedersachsen steht vor großen Herausforderungen. Die Politik muss die Zukunft unseres Landes aktiv gestalten, statt nur den Status quo zu verwalten. Wir Freie Demokraten setzen wir uns für eine echte Modernisierungsagenda ein und bereiten den Weg für eine Investitionsdekade ohne neue Staatsschulden. Insbesondere bei den Landesliegenschaften – auch bei denen der Polizei – besteht immenser Handlungsbedarf.

Wir stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und wollen die individuellen Freiheitsrechte und die Selbstbestimmung der Menschen schützen. Um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten, müssen Polizei und Justiz besser ausgestattet werden. Das hilft mehr als neue Gesetze. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten bei der niedersächsischen Polizei. Für ihre Arbeit haben sie Respekt und Wertschätzung verdient. ■

**DP – Deutsche Polizei**  
Niedersachsen

**Geschäftsstelle**  
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover  
Telefon (0511) 53037-0  
Telefax (0511) 53037-50  
www.gdpniedersachsen.de  
gdp-niedersachsen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)  
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover  
Telefon (0511) 53037-0  
Telefax (0511) 53037-50  
E-Mails an:  
redaktion@gdpniedersachsen.de  
leserbrief@gdpniedersachsen.de



GdP-Touristik  
Berckhusenstr. 133a,  
30625 Hannover  
Telefon 0511-530380  
Telefax 0511-5303850  
E-Mail: [service@gdp-service.de](mailto:service@gdp-service.de)

Dem Winter entfliehen und in der Sonne entspannen? Das geht im traumhaften Thailand!



# Thailand Insel Phuket Karon Beach

Kata Palm Resort & Spa \*\*\*  
14 Tage · DZ Deluxe · Halbpension

p. P. ab **1524€**

z. B. am 01.12.2022 ab Frankfurt  
Code: SLR/HKT223/DD2H



**schauinsland  
reisen**

Dieses und viele weitere Angebote bekommt Ihr bei uns im Reisebüro!



## Termine

### Aufs Wasser mit der GdP!

Die JUNGE GRUPPE (GdP) der Bezirksgruppe Osnabrück lädt zum Wasserski-/ Wakeboardfahren ein. Die Aktion findet am 8. September 2022 von 16–17:30 Uhr am Alfsee in Rieste statt. Für Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos. Anmeldungen und weitere Infos unter (0163) 6929617.

**Marcel Szpadzinski**

### JHV der KG Osnabrück am 29. September 2022

Die GdP-Kreisgruppe Osnabrück lädt zu ihrer Jahreshauptversammlung am 29. September 2022 um 16:30 Uhr in das Restaurant der Landkreisverwaltung Osnabrück am Schölerberg ein! Alle Kreisgruppenmitglieder sind herzlich eingeladen! Wie immer wird es im Anschluss etwas für das leibliche Wohl geben! Um Anmeldung wird gebeten! Gerne telefonisch bei Jörg Plogmann, Tel.: (0541) 327-2608, oder bei mir, Tel.: (0541) 327-2609, oder per E-Mail an [gdp.kg.os@gmail.com](mailto:gdp.kg.os@gmail.com).

**Oliver Kemme**

### JHV der KG Emsland am 5. Oktober 2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die diesjährige JHV der KG Emsland findet am 5. Oktober 2022 um 17 Uhr im Waldhotel in Lingen statt. Bereits um 15:30 Uhr laden wir alle Senior\*innen der Kreisgruppe zu einem Kaffeeklatsch ein. Die Einladung sowie die Tagesordnung erhaltet ihr rechtzeitig vor der JHV. Wir würden uns sehr freuen, viele von euch begrüßen zu dürfen.

**Benedikt Kreimer**

Anzeige

PHK aus **Bremen** sucht  
**Tauschpartner aus Niedersachsen.**  
Kontakt:  
[andre.meins@polizei.bremen.de](mailto:andre.meins@polizei.bremen.de)



## Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Nicht angekündigte Artikel können nicht immer in der kommenden Ausgabe platziert werden. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 11/2022 können bis zum 27. September 2022 per E-Mail an [redaktion@gdpniedersachsen.de](mailto:redaktion@gdpniedersachsen.de) übersandt werden. Vielen Dank.

Kreisgruppe Braunschweig



# POLIZEI DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

## 15. GdP-Sport- und Sommerfest

der GdP-Kreisgruppe Braunschweig  
zu Gunsten des Präventionsrates der Stadt Braunschweig und der Opferhilfe des Weissen Ring e. V.

### „Miteinander im fairen Wettstreit“

Mittwoch, 7. September 2022 ab 10.00 Uhr  
auf dem Sportplatz des Polizeisportvereins (PSV)  
Georg-Westermann-Allee 36, 38104 Braunschweig

Eingeladen sind die Polizeidienststellen der  
Polizeidirektion Braunschweig sowie Behörden  
und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Fußball auf dem Kleinfeld  
Tennis  
Rasen-Volleyball

Leckeres vom Grill  
Kalte Getränke  
Musik  
Eiswagen  
und einiges mehr

Mit freundlicher Unterstützung  
durch die Signal Iduna -  
Agentur Michael Brandes  
SIGNAL IDUNA

Information und Anmeldung über  
Frank Voigtländer, 0531 476-3007 und  
[frank.voigtlaender@polizei.niedersachsen.de](mailto:frank.voigtlaender@polizei.niedersachsen.de)

